



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Christoph Maier AfD**  
vom 31.08.2020

### **Linksextremistische kommunale Mandatsträger**

Im Bereich Linksextremismus ist laut Staatsregierung derzeit bekannt, dass zwei Personen, die vom Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) beobachtet werden, am 15.03.2020 bei den bayerischen Gemeinde- und Landkreiswahlen kandidiert und ein Mandat errungen haben. Eine Person wird wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP sowie Bezügen zur PKK beobachtet. Die andere Person ist der autonomen linksextremistischen Szene zuzurechnen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. In welchem Regierungsbezirk haben jeweils die Personen ein kommunales Mandat errungen? ..... 2
2. Welche Art Mandat (Stadtrat, Kreisrat, Gemeinderat etc.) haben jeweils die Personen errungen? ..... 2
3. Haben die Personen eine leitende Funktion in einer linksextremistischen Organisation inne? ..... 2
4. Welche weiteren Erkenntnisse hat die Staatsregierung hinsichtlich kommunaler Mandatsträger im Bereich Linksextremismus? ..... 2

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

# Antwort

**des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**  
vom 14.09.2020

- 1. In welchem Regierungsbezirk haben jeweils die Personen ein kommunales Mandat errungen?**
- 2. Welche Art Mandat (Stadtrat, Kreisrat, Gemeinderat etc.) haben jeweils die Personen errungen?**

Beide Personen haben Stadtratsmandate im Regierungsbezirk Mittelfranken inne.

- 3. Haben die Personen eine leitende Funktion in einer linksextremistischen Organisation inne?**

Der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse i. S. d. Fragestellung vor.

- 4. Welche weiteren Erkenntnisse hat die Staatsregierung hinsichtlich kommunaler Mandatsträger im Bereich Linksextremismus?**

Der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse i. S. d. Fragestellung vor. Zur Unzulässigkeit eines Abgleichs aller kommunalen Mandatsträger mit dem Datenbestand des Landesamts für Verfassungsschutz hat die Staatsregierung bereits aus Anlass Schriftlicher Anfragen und Anfragen zum Plenum Stellung genommen (Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Klaus Adelt vom 01.06.2020 betreffend Kommunalwahlen 2020, Drs. 18/9311; Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Christoph Maier zum ausgefallenen Plenum vom 01.04.2020 betreffend Beobachtung linksextremer Mandatsträger durch das Landesamt für Verfassungsschutz, Drs. 18/7217, S. 15). Hierauf darf verwiesen werden.